



**CDU** BODENSEEKREIS

**PM 17-2**

**CDU Bodenseekreis zu**

**Kundgebungen ausländischer Politiker**

CDU Bodenseekreis  
Bahnhofstrasse 8  
88250 Weingarten  
Tel. +49.751. 56 09 25 25  
Fax +49.751. 56 09 25 50  
presse@cdu-bodenseekreis.de  
[www.cdu-bodenseekreis.de](http://www.cdu-bodenseekreis.de)

Die CDU Bodenseekreis sieht sich durch die aktuelle Diskussion zum Versuch türkischer Politiker in Deutschland Kundgebungen abzuhalten, in ihrem Kurs bestätigt. Bereits beim Bezirksparteitag im vergangenen Oktober und auch beim Bundesparteitag der CDU Deutschlands im Dezember 2016 forderten die Christdemokraten vom Bodensee die Bundesregierung auf, Demonstrationen und Versammlungen auf deutschem Boden, die thematisch vor dem reinen innenpolitischen Hintergrund anderer Staaten stattfinden, im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten einzudämmen. Die entsprechenden Anträge wurden jeweils mit großer Mehrheit angenommen.

Pressesprecherin  
Carola Uhl  
Tel.: 07544-913391  
07.03.17

Volker Mayer-Lay, stellvertretender Kreisvorsitzender und Initiator des Antrages, stellte aufgrund der aktuellen Debatte fest: „Es ist nicht Sinn und Zweck unserer wichtigen Rechte zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit, dass auf deutschem Boden mit steigender Tendenz ausländische Innenpolitik - mit teils sogar verfassungsfeindlichem Inhalt - thematisiert wird.

Es sei darüber hinaus nicht hinnehmbar, ausländischen Politikern im deutschen öffentlichen Raum abseits von offiziellen Staatsbesuchen schrankenlos eine Bühne zu gewähren, so Mayer-Lay weiter. Der Auftritt eines Ministers oder Staatschefs sei eben nicht der Auftritt eines Privatmannes, sondern eines Organes eines fremden Staates im Rahmen hoheitlicher Handlung, erklärt Mayer-Lay die Einordnung aus staats- und völkerrechtlicher Sicht: „Solche Handlungen haben auf dem Boden eines anderen Staates nicht stattzufinden.“

Die CDU Bodenseekreis hofft nun auf eine rasche bundesgesetzliche Regelung der Thematik, damit sich die betroffenen Kommunen auf eine klare Gesetzeslage und nicht auf bloße Hallennutzungsregelungen berufen können.



**CDU** DIE BADEN-  
WÜRTTEMBERG-PARTEI